



Unser Leben ist mehr als Profit!

Weder Schröder, Merkel, noch die grosse Koalition!

Das ist die Bilanz der letzten Jahre: Die Menschen haben viel gegeben und nichts bekommen.

Unter Kanzler Schröder hat sich die SPD auf die Seite der Unternehmer und der Superreichen gestellt. Hartz IV, das Kernstück der unsozialen Agenda 2010 ist die Bankrotterklärung sozialdemokratischer Reformpolitik. Schröder hatte versprochen, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 halbieren zu wollen. Aber anstatt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpfte die SPD-geführte Regierung die Arbeitslosen.

Jetzt will die SPD die Wahl gewinnen, indem sie links blinkt und rechts weiterfährt. Sie versucht sich als "kleineres Übel" darzustellen. Aber wer zwischen zwei bürgerlichen Parteien nach dem kleinerem Übel sucht, befindet sich in der Lage ähnlich von dem Esel der zwischen zwei gleich großen Säcken Heu verhungerte. Hier nicht in der Alternative zwischen zwei Säcken Heu, wohl aber zwischen zwei Trachten Prügel, um zu prüfen, welche die weniger harte sei.

Aber bei dieser Bundestagswahl geht

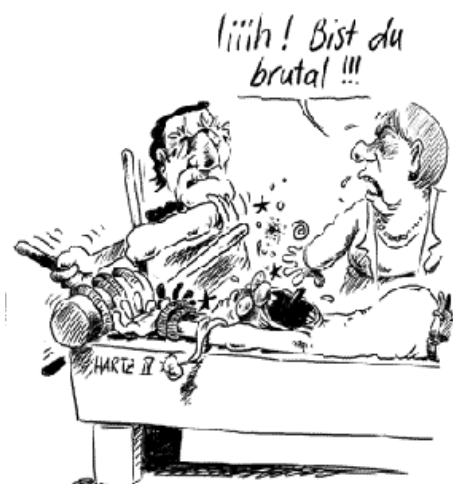
es nicht um das "kleinere Übel". Bei dieser Bundestagswahl geht es um die Bündelung des Widerstandes, um einen Politikwechsel.

Ein Politikwechsel wird nicht im Parlament durchgesetzt, sondern in den Betrieben und auf der Straße. Dadurch, daß sich eine Opposition manifestiert, und indem sie laut und deutlich ihre Meinung darlegt. Deshalb steht für uns als DKP die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes und der sozialen Bewegungen im Mittelpunkt.

Aber wir brauchen auch eine linke Opposition im Bundestag die Impulse für die außerparlamentarische Bewegung geben kann, die beitragen kann Mut zum Widerstand, Mut zur Veränderung, zum Vertrauen in die eigene Kraft zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Einzug der "Linkspartei" mit einer Fraktion in den Bundestag. Der Kapitalismus kann keines der Probleme der arbeitenden Menschen lösen. Stellt euch gegen ihn und stimmt wenigstens für die "Linkspartei".

Stimmt diesmal für die Linkspartei



Ach Oskar ...

Es ist eine Tatsache, daß ausländische Kolleg/inn/en und solche, die Deutsche sind, aber nicht aus der BRD stammen, eine höhere Arbeitslosenquote haben, als Deutsche. Das sie schnellen ihren Arbeitsplatz verlieren und schwieriger einen neuen finden. Das alles ist eine Tatsache, aber trotzdem heißt es an den Stammtischen oft noch: "Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg". Das gleiche gilt für die Verlagerung von Arbeitsplätzen. In Osteuropa herrscht höhere Erwerbslosigkeit als bei uns, große Konzerne bauen dort ebenso wie hier Arbeitsplätze ab, trotzdem der Ruf bleibt. Dagegen zu steuern, klar zu machen, nicht das Ausland oder die Ausländer sind schuld, sondern der Kapitalismus, das müßten auch Kandidaten der Linkspartei vertreten. Müßten.

"Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen", sagte Lafontaine auf einer Demonstration in Chemnitz. Mit dem Begriff "Fremdarbeiter" bezeichneten die Nationalsozialisten ausländische Zwangsarbeiter, die aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten nach Deutschland deportiert wurden. Mag Lafontaine auch Spitzenkandidat der Linkspartei in NRW sein, zu so einer Ansicht sagen wir: Stopp!

Der Bundestagswahlkampf ist in Deutschland traditionell eine Zeit, in

der gerne nationale Töne angeschlagen werden. Aber bitteschön nicht von Linken. Keiner aus der Linkspartei hat es nötig den Stammtischbrüdern nach dem Mund zu reden. Dazu hat diese Partei genug vernünftige Vorschläge und Forderungen, um zu überzeugen.

Lafontaine hat gute Argumente gegen die unsoziale Umverteilungspolitik der Regierung. Er kritisierte mit Recht den Kurs der SPD. Wir stehen zu allen, die wie Lafontaine mit guten Argumenten gegen den Sozialabbau vorgehen wollen. Mit solchen Punkten gehört Lafontaine auch in die Linkspartei. Aber andere Äußerungen verdienen Kritik. Und Lafontaine hat Ende der 80er Jahre, als die Unionparteien gegen das Asylrecht vorgingen, einiges gesagt, was nicht zu rechtfertigen ist.

Gemeinsam gegen Sozialabbau und Rechtsparteien - immer! Gemeinsam die Linkspartei unterstützen - auch das. Aber: was zu kritisieren ist, muß gesagt werden. Auch in Wahlkampfzeiten.

Sozialticket für Krefeld

Warum gibt es eigentlich kein Sozialticket in Krefeld?

Wir denken, für alle Betroffenen in Krefeld, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher, ALG-II-Bezieher, Empfänger von Niedriglohn und kinderreiche Familien sollte es sowas geben. Sie sollten mit diesem Ticket verbilligt mit dem öffentlicher Personennahverkehr fahren können und sie sollten kostenlos die Stadtbäder, Eissporthallen, die VHS, die Stadtbücherei, Museen und Zoo besuchen können.

Das würden wir mindestens unter einer städtischen Sozialpolitik verstehen.



"Ich akzeptiere nicht, dass erneut der Osten bestimmt, wer in Deutschland Kanzler wird. Es darf nicht so sein, dass die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen."

"Wir haben leider nicht überall so kluge Bevölkerungsteile wie in Bayern."

Edmund Stoiber, CSU

Schon Kurt Tucholsky staunte: "Merkwürdig, was dieselben zweitausend Menschen zu gleicher Zeit sein können: unsere tapferen Krieger; Mob; Volksgenossen; verhetzte Kleinbürger." Oder auch: frustrierte Ossi; unsere Brüder und Schwestern; ...



unser e zeit

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Unser Wertpapier

kommunistisch - informativ - wertvoll

So wurden die Säulen des Sozial- staats zerstört

Agenda 2010 bedeutet:

Statt Solidarprinzip - Privatisierung sozialer Risiken

Das Solidarprinzip in der Sozialversicherung wurde zunehmend durch Eigenvorsorge ersetzt. Damit wurde der Solidaritätsgedanke schlechthin diffamiert.

Abbau von Schutzrechten und damit von Demokratie

Bei einem schrankenlosen "hire-and-fire"-Prinzip (durch Abbau von Kündigungsschutz und Aushöhlung von Tarifrechten) nimmt die Bereitschaft zu gewerkschaftlichem Engagement und Gegenwehr ab.

Hartz IV - Wegbruch des Vorsorge für Erwerbslose

Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wird jeder auf Sozialhilfeniveau gesetzt.

Impressum + Kontaktadresse

Herausgeber: DKP Kreisorganisation linker Niederrhein,
Prinz-Ferdinand-Str. 71, 47798
Krefeld - Verantwortlich: Horst
Wilhelms, Tel. 02151/315838
eMail: dkp_krefeld@lycos.de -
Eigendruck



isw-grafik bb

Um den Sozialstaat-Tempel zu erhalten, müssen wir einige Umbauten vornehmen.

Rente ab 70?

Das unternehmernahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) forderte Mitte August das Rentenalter "möglichst rasch" auf 70 Jahre anzuheben. Die Bundesregierung sagte dazu erstmal "Nein", schließlich ist Wahlkampf. Aber wir wissen ja inzwischen: Bei Unternehmerforderungen kann man nach der Wahl meist gar nicht so schnell zusehen, wie umgefallen wird. Eine solche Anhebung auf 70 wäre ein sozialer Rückschritt um fast 90 Jahre. Denn es war im Jahr 1916 als das Rentenalter für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt wurde.

Zudem: Bereits heute gelten Erwerbslose mit über 50 als "unvermittelbar". Wo sollen die Alten denn arbeiten, sollten sie noch gesund sein? Das wissen auch die Unternehmer ganz genau, es geht ihnen auch nicht um wirklich mehr Alte am Arbeitsplatz, nein, es geht um eine versteckte massive Rentensenkung. Denn

dann werden die unvermittelbaren Alten mit noch größeren Abschlägen in die Renten geschickt und die Rentenkassen so "geschont". Jene Rentenkassen, in die nicht nur zur Finanzierung des 2. Weltkriegs gegriffen wurde, sondern sehr viel öfter.

Rentenklau? Nicht mit uns! Und zeigt ihnen am Wahltag: Auch nicht mit Euch!

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM NEUNZIGSTEN! SIE SIND JETZT DEUTSCHLANDS ÄLTESTER ARBEITNEHMER. WAS IST IHR WUNSCH FÜR DIE ZUKUNFT?

MIT 102 VORZEITIG IN RENTE GEHEN!

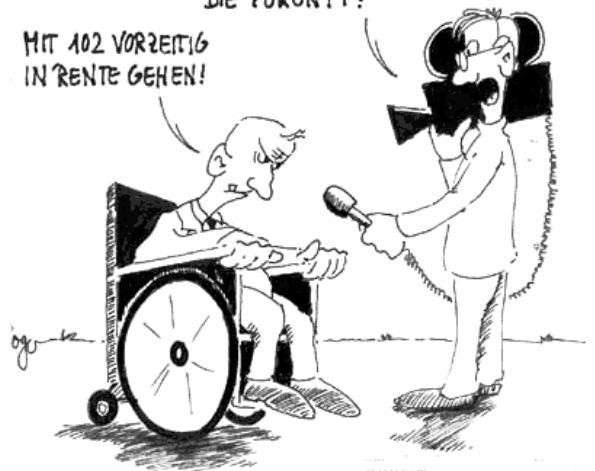


BILD DIR UNSERE MEINUNG



WIR VERSPRECHEN EUCH NICHT MEHR ARBEIT
DAFÜR ABER KEINE ARBEIT MEHR!

Stopp! Wie wär's mit:

- ➔ ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche.
- ➔ einen gesetzlichen Mindestbruttolohn von gegenwärtig
1400 Euro.
- ➔ Begrenzung von Überstunden und eine
Höchststarbeitsdauer von 40 Stunden/Woche.
- ➔ eine Begrenzung des Einflusses des Kapitals, z.B. durch
Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte, Steuern
auf Finanztransfers und Vermeidung von Steueroasen.
- ➔ Eindämmung von Privatisierungen.

Aus dem Wahlprogramm der Linkspartei.

WWW. DKP-LINKER-NIEDERRHEIN.DE